

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Peter MdB zur politischen Kultur des im Golf-Krieg vereinten Deutschland: Militärischer Instinkt triumphiert über neues Denken.

Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB zu den "Spiegel"-Enthüllungen über illegale Exportgeschäfte: Mercedes-Beschäftigte vor Machenschaften der Chef-Etage schützen.

Seite 5

46. Jahrgang / 53

18. März 1991

Militärischer Instinkt triumphiert über neues Denken Zur politischen Kultur des im Golf-Krieg vereinten Deutschland

Von Horst Peter MdB

Mit deutscher Einigung und Golf-Krieg ist die Geschichte in den trag gewordenen Strom deutscher Politik eingebrochen. Bisherige Entwicklungslinien und Prognosen sind Makulatur. Muß deutsche Politik neu buchstabiert werden? Einigung und Golf-Krieg werden von der politischen Rechten als Katalysatoren der Rückkehr zu altem Denken genutzt. So ist der Golf-Krieg Ausdruck einer Re-Militarisierung der Politik und flankiert die weitere Re-Militarisierung. Eine Analyse der aktuellen Debatten um Regierungserklärung, Golfkrieg und die Wahrnehmung von Bürgerrechten, die Eingliederung der PDS in den parlamentarischen Prozeß, die Bewertung von Frieden und Freiheit als Grundrechte, und die zukünftige Rolle Deutschlands in der Welt erhellt diesen Prozeß. Die SPD muß die Tragfähigkeit ihrer Alternative, des Berliner Programms, unter den neuen Konditionen prüfen. Dort ist Frieden als Bedingung, Weg und Perspektive sozialdemokratischer Politik erkannt worden. Diese Alternative sollte die SPD beibehalten.

I.

Am Ende des Kalten Krieges stand die Hoffnung, mit diesem könne auch die innerstaatliche Feinderklärung fallen. Die Hoffnung trug. Die politische Rechte ist auch in Zukunft nicht zu zivilen und zivilisierten politischen Verkehrsverhältnissen bereit. Macht und Zivilisation bleiben in Deutschland getrennte Sphären. Die Entfaltung der Zivilgesellschaft bleibt ein frommer Denkerwunsch. Im Gegenteil: die Re-Militarisierung des Denkens wird erkennbar im Triumph des "militärischen Instinktes" am Golf und in Bonn. Wir erleben die Erneuerung der innerstaatlichen Feinderklärung.

Viele hofften auf eine Ausstrahlung der Umwälzung in der DDR auf die politische Kultur der Bundesrepublik. Der demokratische Impuls wurde jedoch nicht aufgenommen. Jetzt denunzieren die Vertreter des repräsentativen Absolutismus die Ausübung demokratischer Partizipationsrechte als "Mißbrauch des Demonstrationsrechtes" und jene, die dieses Recht wahrnehmen als "die Straße". Wann kommt der "Pöbel" wieder im Kampffarsenal dieser gewählten Volksvertreter vor?

Zu Recht hat Wolfgang Thierse in der Aussprache zur Regierungserklärung am 1. Februar das unmittelbare Recht der Bürger, ihre Meinung zu äußern, verteidigt, und in diesem Recht einen großen Wert der Demokratie festgehalten. Die Meinungspolizei sieht in einer von der Meinung der CDU/CSU abweichenden Meinung den

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
mit wertvollen Katalogen
Rechtsgüter



Mißbrauch von Bürgerrechten! So der Abgeordnete Geis: „solange (sie) nicht gegen die USA, nicht gegen unsere Verbündeten (...) demonstrieren, kann das nur in Ordnung sein.“

Zu Recht hat Wolfgang Thierse dagegeengehalten, daß am 4. November 1989 in Berlin nicht die "Straße", sondern 500.000 Menschen demonstriert hätten. Die Anonymisierung, die Transfornierung von Menschen in Sachen, ist der erste Schritt zur Sprache des Wörterbuchs der Unmenschlichkeit.

II.

Keine Chance lassen die Koalitionsparteien den Deutschen, den Blockparteien und der PDS zur Verarbeitung und Bewältigung des Stalinismus. Wer von der gemeinsamen Vergangenheit als stalinisierte Blockpartei ablenken will, muß sich als antikommunistischer Eiserfresser beweisen. Damit wird aber der deutschen Gesellschaft die Chance genommen, die Mentalitäten, Strukturen, autoritären Normen, die den autoritären Charakter konditionieren, zu überwinden.

Damit wird auch der PDS die Chance genommen, den Bunker zu verlassen, um offen und ungeschützt die Vergangenheit von DDR und SED zu bewältigen, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Die Stigmatisierung läßt der PDS den Bunker. Dort kann sich die PDS der offenen Diskussion der offenen Fragen der Vergangenheit des Stalinismus in Deutschland entziehen. Der Diskussion des ökologischen Schadens - und Zerstörungspotentials des Stalinismus, die Zugehörigkeit zur Atom-Gemeinde, der Militarisierung der Gesellschaft, der mangelhaften Partizipationsrechte der Menschen, der Diskussion über die Realgeschichte der DDR und das Scheitern des stalinistischen Politikmodells.

Bewältigung der Vergangenheit heißt Durcharbeiten der Vergangenheit, kritische Diskussion und Selbstverständigung. Nur dann wird der PDS die Rückzugsmöglichkeit in sektiererisches Selbstmitleid und die Zuflucht zu Dolchstoßlegenden genommen.

Die Koalitionsparteien wollen die PDS als ausgrenzbares Feindbild. Das neu - vereinte Deutschland soll keinen Neuanfang in Sachen Demokratie und politischer Kultur erleben. Man will die Schützengräben des mentalen Bürgerkriegs offenhalten. Damit sich niemand täuscht: die Feindbildpflege und die innerstaatliche Feinderkklärung ist um die PDS erweitert worden, keineswegs auf sie begrenzt oder gar begrenzbar.

Den Ton hat Volker Rühe im vorigen Oktober vorgegeben. In der PDS sieht Rühe ein "Krebsgeschwür". Das ist nun das Wörterbuch des Unmenschen. Die pathologische und kriminelle Definition des Andersartigen, der anderen Meinung, die Analogie zwischen Gesellschaft, Körper, Organismus und Krankheit, ist das klassische Instrumentarium des Faschismus und des Stalinismus. Damit haben die Nazis Auschwitz psychologisch vorbereitet und ideologisch flankiert.

Wer die Bundestagsdebatte am 31. Januar/1. Februar dieses Jahres aufmerksam verfolgt hat, wird den Geist einer parlamentarischen "Apartheid" - Gesellschaft gespürt haben. Der Bundestagsvizepräsident Klein will sich von der PDS nicht in Sachen Demokratie belehren lassen. Der Abgeordnete Weng bedauert, daß öffentlich der Eindruck entstehen könnte, "man habe mit dem (PDS) - Vorredner irgend etwas zu tun."

Dem Abgeordneten Modrow wird auf den Hinweis des Präsidenten, seine Redezeit sei abgelaufen, von der CDU/CSU zugerufen: "Nicht nur die Redezeit". Der Sinn des Zwischenrufes erschließt sich aus dem Zuruf des Abgeordneten Glos auf die Feststellung des Redners Ullmann, seine Redezeit sei abgelaufen: "Nur die Redezeit, Herr Dr. Ullmann."

III.

In den Diskurs über die Erneuerung der Motivation, der Prioritäten, Prinzipien und der Disziplin des Kalten Krieges gehört auch die Debatte um "Frieden um jeden Preis", die Debatte um die Frage, ob "Friede unter allen Umständen ein oberster Grundwert" sei. Es ist kein Wunder, daß an dieser Stelle der alte Generalpropagandameister Geißler aus der Versenkung auftaucht und seinem Nachfolger Rühle beispringt. Leider nimmt die CDU/CSU die Diskussion um strukturelle Gewalt nur selektiv auf. Der Kolonialfrieden in Südamerika, Afrika und Asien, ist ein Beispiel für Frieden für die Völker ohne Freiheit und Gerechtigkeit. Die CDU faßt "Stacheldrahtfrieden" in der Formel "Friede ohne Freiheit ist kein Friede".

Aber ist Freiheit ohne Frieden denn wirklich Freiheit, ohne Freiheit vom Krieg, Tod, Panzergräben, Angst, Furcht, Bunker, Gasangriffen, Atombomben, Stacheldrahtverhauen. Das ist die Freiheit des Stahlhelms.

IV.

Schon beginnt der Generalinspekteur der Bundeswehr das mentale Training der Deutschen auf eine Situation, in der die ersten Früchte der militärischen Blütenträume in Form schneller Eingreiftruppen in Leichensäcken zurückkommen. Wellershof verurteilt "an Wehleidigkeit nicht zu überbietende" Äußerungen aus der Bundeswehr. Zum Soldatensein gehöre "nicht nur das treue Dienen, sondern auch das tapfere Verteidigen. (...) Ein Volk, das den Begriff der Macht vergessen hat, das ein Nullrisiko will, wird natürlich auch wehrpflichtige Soldaten hervorbringen, die die Überwindung der ganz natürlichen menschlichen Gefühle wie Angst nicht zu Wege bringen." Ja, wie süß es ist, für das Vaterland zu sterben. Diese Melodie des soldatischen Heroismus singen die Generäle gern, die in der Regel im Bett sterben.

Schon im Herbst sah Deutschlands auf die Verfassung verpflichteter oberster Soldat in verfassungsrechtlichen Festlegungen der Einsatzoptionen der Bundeswehr "eine Fessel" und sprach sich für Einsätze außerhalb von NATO-Gebiet und ohne Beschränkung auf den UN-Rahmen aus. Mit seiner Formel, irgendwann muß der deutsche Staat normal werden, exekutiert der General die Historikerdebatte auf dem Felde der Ehre. Wer erinnert Wellershof an das Primat der Politik?

V.

Volker Rühle führt den Diskurs zurückhaltender. Ganz in der Schule von Onwells "Neusprech" tarnt er seinen Vorschlag für deutsche Kanonenbootpolitik mit der Formel: "...wenn deutsche Verbände für die Vereinten Nationen tätig werden". Bei Rühle schwitzt der deutsche Arbeitnehmer in Uniform an seinem spezifischen Beitrag zum Bruttosozialprodukt. Keine Rede mehr von Militär, Waffen, Krieg und Tod. Erst wenn sich die Deutschen daran gewöhnt haben, erhofft er sich im Bundestag "Debatten wie in Paris und London" über die Logik des Krieges.

Das "wiedervereinigte Deutschland psychologisch auf die gewachsene weltpolitische Verantwortung einzustellen" (Rühle) ist das Ziel. Denn die "Deutschen sind nicht feige" und keine "Schlafmützen". Es lohnt deshalb ein Blick zurück auf Max Weber im Jahre 1895: "Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und der Kostspieligkeit halber unterlassen hätte, wenn der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtspolitik sein sollte."

Robert Leicht hat deshalb zu Recht gewarnt, daß der "Appetit beim Essen kommt". Wer die Schleuse zu militärischen Einsätzen außerhalb der jetzt festgelegten verfassungsrechtlichen und geographischen Grenzen öffnet, kann den Strom nicht mehr bändigen. Er schnürt das Bündel politischer und militärischer Optionen einer mittleren Macht auf. In einer solchen Normalität ist Auschwitz kein Bezugspunkt mehr. Eine Macht, die in sämtliche Hände der Welt

verstrickt ist, dann sich Rücksichtnahmen nicht mehr leisten. Jede Idee blamiert sich, wenn das Interesse ins Spiel kommt.

VI.

Der Verzicht auf die Begrenzung der Einsatzoptionen des Militärs heißt dann auch Verzicht auf restriktive Handhabung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport. Denn der Export von Soldaten und der Export von Rüstung sind zwei Seiten einer Medaille. Interessen können mit Soldaten und mit Waffen wahrgenommen werden. Einer befreundeten Nation, der in Verteidigung eigener Interessen militärisch beigesprungen wird, kann die Lieferung von Waffen nicht versagt werden. Nur den besonderen Umständen - Stalingrad und Auschwitz - des Nachkriegsdeutschlands ist zu verdanken, daß die Devise hieß: "Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen, aber alles was man dazu braucht." Dieses Prinzip deutscher Politik sollte nicht umgekehrt werden, im Gegenteil, es sollte auf seinen ersten Teil beschränkt werden. Das im Gegenzug zu weltweiten Militäroperationen angebotene Rüstungsexportverbot ist ein Linsengericht.

VII.

In dem Modernisierungswettlauf sollte kein Sozialdemokrat versuchen, sich auf diesem Gebiet durch Originalität seiner Vorschläge zu beweisen. Wer unter dem Schlagwort des weltpolitischen Verantwortungszuwachs der Deutschen mit den "UN-Blauhelmen" spielt, betreibt den strategischen Einstieg in militärische Machtpolitik, bereitet den Boden vor. Verantwortungszuwachs und UN-Blauhelme passen nicht zueinander. Blauhelme sind bisher immer nach Ende der Kampfhandlungen im Einverständnis mit den Kampfparteien zur Überwachung gemeinsamer Verabredungen bis zur endgültigen Verhandlungslösung von den kleinen, neutralen Staaten ohne Weltinteressen wie Finnland und Österreich gestellt worden.

VIII.

Richtig ist, die Fragen nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt jetzt zu stellen. Es ist die Frage nach dem Standort im zukünftigen Nord-Süd-Konflikt:

- ob Deutschland seinen Standort mit einem Militärbündnis des Nordens gegen den Süden,
- oder mit einem Entwicklungsbündnis mit dem Süden definieren will.

Wenn selbst Heiner Geißler den Irak-Konflikt als "Bestandteil der internationalen neuen sozialen Frage" und der globalen ökologischen Frage interpretiert, sollten Sozialdemokraten nicht hinter diese Erkenntnis zurückfallen. Der Irak-Konflikt war der Vorbote zukünftiger Nord-Süd-Kriege und Saddam Hussein der "letzte falsche Prophet" in dieser Auseinandersetzung. Zukünftige Kriege werden wegen des ökologischen Zerstörungsprofils des verschwenderischen industrialistischen Wachstums- und Wirtschaftsmodells des Nordens um die ökologischen und sozialen Entwicklungschancen der Völker geführt werden, um Zugang zum Wasser, zu landwirtschaftlichen Nutzflächen und um Regionen, die nicht vom Ozonloch bedroht sind. Diese Kriege werden von neuen Völkerwanderungen begleitet werden. Auch die Versuche früherer "Hochkulturen", sich durch Befestigungswerke wie Limes und Chinesischer Mauer gegen den Ansturm depravierter, barbarischer Nationen zu schützen, ist jeweils gescheitert. Ein Entwicklungsbündnis mit dem Süden ist im eigenen Interesse des Nordens. Denn der Umbau der UN zum "Limes des Nordens" wird scheitern.

IX.

Deshalb sollte der neue deutsche Nationalstaat nicht mit militärischen Polizeiaktionen auf die Bühne der Weltpolitik zurückkehren, nachdem dieser Staat vor rund 50 Jahren mit einem und nach einem Weltkrieg von der weltpolitischen Bühne verschwand. Die deutsche Rolle in der Welt sollte auf friedlichem Konfliktmanagement beruhen und nicht eine Form der Kanonenbootpolitik in moderner Fassung annehmen.

Deutschland sollte seine bisherige alternative Haltung, die sich aus der einmaligen Erfahrung zweier Überfälle auf die ganze Welt, aus Auschwitz und Stalingrad, und der daraus im Grundgesetz gezogenen Lehre ergibt, als prinzipielle Haltung beibehalten und beispielhaft wirken. Eine deutsche Weltpolizistenrolle hat kein historisches, moralisches und politisches Fundament. Deutschland sollte stattdessen seine bisherige alternative Haltung als Chance, eine Brückenfunktion zwischen Nord und Süd einzunehmen, begreifen.

X.

Dieses Ziel für Deutschland politikfähig zu machen, ist Aufgabe der SPD. Profil und Mehrheiten erhält die SPD nicht durch Anpassung an den "Main Stream" des Machtkartells von Kohl-Politik, rechter Weltgeltungs-Presse und Stürmer-Wissenschaft, sondern nur durch die Formulierung klarer, realitätsüchtiger und harter Alternativen. Die sozialdemokratische Ost- und Deutschlandpolitik ist wegen ihres alternativen Charakters zum außenpolitischen Immobilismus der CDU mehrheitsfähig geworden. Sie sprach Herzen und Verstand der Deutschen an. Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes durch Politik erhält Blaupausencharakter für die Konturierung der sozialdemokratischen Politik und zur Gestaltung und Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes. Dabei geht es darum, die Mehrheit der Menschen in Deutschland zu überzeugen. Die Ansprache der politischen Klasse reicht nicht aus.

{-/18. März 1991/rs/fr)

Mercedes-Beschäftigte vor Machenschaften der Chef-Etage schützen
Zu den "Spiegel"-Enthüllungen über illegale Exportgeschäfte des Konzerns

Von Dr. Dieter Spörl MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Umgehende personelle und unternehmenspolitische Konsequenzen sind für den Fall erforderlich, daß die Angaben des "Spiegel" über illegale Exportgeschäfte und Machenschaften innerhalb des Managements von Mercedes-Benz zutreffen. Sollten insbesondere die sehr präzisen Hinweise auf eine Lieferung von 20 Transportfahrzeugen in Zusammenarbeit mit der Firma Marrel als mobile Abschlußrampen für Scud-Raketen nicht widerlegt werden können, würde es sich um einen Industrieskandal mit verheerenden außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Folgen handeln.

Es besteht jetzt die massive Gefahr, daß hierdurch Zehntausende von Beschäftigten in Baden-Württemberg diskreditiert und der gute Ruf ihrer Produkte sowie das Ansehen dieser Weltfirma ramponiert würden. Die tägliche Leistung der hochqualifizierten Arbeitnehmerschaft von Mercedes-Benz muß vor derartigen Machenschaften innerhalb der Geschäftsführung geschützt werden.

Die Lösung der Probleme kann nicht in einer Verteufelung des gesamten Konzerns Daimler-Benz liegen, sondern in rückhaltloser Aufklärung und in unverzüglichen personellen sowie unternehmenspolitischen Konsequenzen. Ich erwarte deshalb, daß sich Vorstand und Aufsichtsrat des Konzerns umgehend von jedem Mitglied der Geschäftsführung trennen, das für solche Lieferungen verantwortlich ist oder davon gewußt hat.

Der Landtag von Baden-Württemberg muß sofort über das wahre Ausmaß dieses Industrieskandals des größten Unternehmens im Land unterrichtet werden, um für die noch laufende Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes und andere politische Maßnahmen die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen zu können. Der Ständige Ausschuß des Landtags sollte dazu vom Justizminister in einer Sondersitzung über die bisherigen Erkenntnisse des Ermittlungsverfahrens unterrichtet werden.

(-/18. März 1991/rs/fr)
